

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/KX/20

Bonn, den 29. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Gespensische Fragerai</u> Kein Ruheblatt für die Regierungsparteien	51
2	<u>"Lehrerrangel wird bagatellisiert"</u> Binger Studienräte kritisieren die CDU	42
3	<u>Wahlkreissorgen in Schleswig-Holstein</u> CDU ist zerstritten	47
4 - 5	<u>Tirana - Dolmetscher Bekings</u> Die Versöhnungsabsichten werden geringer Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	63
5	<u>Lisa Korpeter</u> Zur 65. Geburtstag	52

### Gespensische Fragerei

#### Kein Ruhmesblatt für die Regierungsparteien

sp - Wer die von den Vertretern der Regierungsparteien im Bundes- tag an den Außenminister gerichteten Fragen hörte, mußte denken, kei- ner Frage- sondern einer Gespensterstunde beizuwohnen. Seit Monaten be- klagt man sich darüber, daß die Deutschlandfrage in der internationalen Öffentlichkeit nicht mehr so heiß diskutiert wird wie noch vor wenigen Jahren. Namhafte Vertreter aller Parteien haben sich deshalb Gedanken darüber gemacht, wie dieses Problem wieder auf den Verhandlungstisch internationaler Konferenzen gelangen könnte. Bundestagspräsident Dr. Eugen Gerstenmeier erfindet in Japan und anderen Orten eine "Ellipsen- theorie". Franz Josef Strauß gibt in in- und ausländischen Zeitungen Interviews, in denen das Deutschlandproblem in einer Weise angespro- chen wird, die keineswegs mit den von allen großen Parteien und der Bundesregierung gebilligten gemeinsamen Grundsätzen übereinstimmt. Der Vizekanzler, Minister für gesamtdeutsche Fragen und Vorsitzender der FDP, redet öffentlich über Vorgänge im Zusammenhang mit Verhandlungen über den sehr schwierigen Komplex des innerdeutschen Verkehrs und scheucht die Welt mit der versteckten Drohung auf, mangels einer neuen Deutschlandinitiative könnte eines Tages so etwas wie ein Aufstand aus- brechen. Der Bundeskanzler tönt auf einem sogenannten kleinen CDU-Par- teitag, jetzt werde eine "neue Deutschlandinitiative" ergriffen. Kein Mensch, nicht einmal der Außenminister, weiß, wovon der Bundeskanzler spricht. Nur eins wird bekannt: Es geschieht n i c h t s !

Dann wird von dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, eine seit mehr als zwei Jahren in allen kompetenten Gremien des In- und Auslandes angestellte Überlegung über die Verbesserung von Beziehungen zu den Völkern Osteuropas in öffent- lich gehaltenen Reden (die außerdem in Buchform herausgegeben sind) et- was konkretisiert und in Form eines Schriftstückes interessierten poli- tischen Freunden zur Verfügung gestellt. Dies alles, nachdem derselbe Willy Brandt in Anwesenheit des deutschen Botschafters in Washington und anderer Zeugen offen über seine Gedanken gesprochen hatte und um die private Überlassung einer Aufzeichnung gebeten worden war.

Was geschieht in diesen Augenblick? Während man alle erwähnten Reden und "Theorien" namhafter Vertreter der Regierungsparteien und sogar Regierungsmitglieder mit Schweigen übergeht, fängt man plötzlich ein großes Geschrei an. Nicht aber etwa über den Inhalt der Gedanken von Willy Brandt, sondern über einen angeblichen Formfehler, der bei näherer Betrachtung nicht einmal ein Formfehler ist. Wenn der deutsche Botschafter in Washington seine Berichterstattungspflicht gegenüber der Bundesregierung nicht erfüllt hat, und wenn man sich schamhaft einge- stehen muß, daß elementare Aufgaben eines Botschafters nicht wahrge- nommen wurden, dann erschöpft man sich in einer aufgeregten Fragerei, die den Anschein erwecken soll, als sei es ein unerhörtes Unterfangen, über das Schicksal Deutschlands und Europas nachgedacht und seine Ge- danken zu Papier gebracht zu haben.

Unter diesen Umständen bleibt nur die Antwort Willy Brandts er- wähnenswert: "Ich habe keine Lust, mich durch die Rechthaberei der- selben Leute aufhalten zu lassen, die mit ihrer Negation keinen Schritt weitergekommen sind. Wer im Formalismus steckenbleibt, hat zur Sa- che selbst wenig zu sagen. Wer nur mit großen Worten aufwartet, bringt die Wiedervereinigung ganz bestimmt nicht."

"Lehrermangel wird bagatellisiert"

Binger Studierkräfte kritisieren die CDU

sp - Vor kurzen hatte der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen CDU-Landtagsfraktion, Dr. Kohl, erklärt, der Lehrermangel an den höheren Schulen in Rheinland-Pfalz falle weit weniger ins Gewicht als in anderen Bundesländern.

Diese Behauptung rief das Lehrerkollegium des Stefan-George-Gymnasiums in Bingen am Rhein auf den Plan. In einem "Offenen Brief" an die CDU-Fraktion des Landtages werfen die Binger Lehrer der CDU eine Irreführung der Öffentlichkeit vor. Sie behaupten, Dr. Kohl habe Zahlen genannt, denen zufolge die Auswirkungen des derzeitigen Lehrermangels nicht sichtbar gemacht werden. Mit Hinweis auf die Verhältnisse in Bingen stellen die Lehrer fest, der Mangel an Lehrkräften wirke sich so aus, "daß der Gymnasiast in seiner neunjährigen Schulzeit einen Verlust von einem vollen Unterrichtsjahr hinnehmen muß".

In dem "Offenen Brief" heißt es dann weiter:

- \* "Für die Volksschullehrer haben Landesregierung und Landtag
- \* eine begrüßenswerte Maßnahme eingeleitet, um mehr Nachwuchskräfte zu gewinnen. Aber was hat Ihre Fraktion, was hat der Landtag, was hat unsere Landesregierung getan, damit auch das höhere Lehramt in der sozialen Entwicklung gegenüber den Richtern und Staatsanwälten in Stellenplan und bei der Arbeitszeitregelung nicht zurückbleibt? Was geschah bisher, um in der Öffentlichkeit wie für die anderen Schularten Verständnis zu wecken für die Aufgabe und Leistung der höheren Schule?"

Die Lehrer in Bingen stellen die Frage, wohin Selbstzufriedenheit und Optimismus führen sollen und schließen ihren "Offenen Brief" an die CDU-Landtagsfraktion mit der Bemerkung ab:

- \* "Vielleicht sollte mit der Erklärung Dr. Kohls nur ein Mantel über die Verhältnisse der Vergangenheit gebreitet werden. Wir aber sind der Meinung, daß eklatante Mißstände aufgedeckt und Verhältnisse baldigst gutgemacht werden müssen, damit wieder mehr Abiturienten den Beruf des Lehrers an höheren Schulen attraktiv finden."

\* \* \*

Zur Orientierung: In Rheinland-Pfalz hat die CDU seit Gründung des Landes den Kultusminister gestellt. Während mehrerer Jahre regierte die CDU in Rheinland-Pfalz mit absoluter Mehrheit. Seit einiger Zeit hat Rheinland-Pfalz eine aus CDU und IDP bestehende Koalitionsregierung. In politischen Kreisen der rheinland-pfälzischen Hauptstadt wird der "Offene Brief" des Lehrerkollegiums des Stefan-George-Gymnasiums in Bingen an die CDU als eine kleine politische Sensation betrachtet, weil Form und Inhalt des Briefes zweifellos ein Novum in diesem bisher von der CDU regierten Bundesland darstellen.

## Wahlkreissorgen in Schleswig-Holstein

CDU ist zerstritten

sp - Wenn nicht alles täuscht, steht die Hauptregierungspartei im Kieler Landtag, die CDU, unter ihrem neuen Landesvorsitzenden Ministerpräsident Dr. Lenke, vor einer entscheidenden Niederlage im Parlament. Es geht um die Neueinteilung der 42 Wahlkreise im nördlichen Bundesland. Aufgrund der Aussiedlung der Heimatvertriebenen und der Zusammenballung der Industriebevölkerung in den Großstädten und im Ring um Hamburg hat es in den einzelnen Wahlkreisen sehr große Bevölkerungsver-schiebungen gegeben. Die Folge war, daß die CDU, vor allem im menschen-leeren Norden, mit wenig Stimmen viele Direktmandate erobern konnte.

Die Sozialdemokraten haben nun eine Neueinteilung der Landtags-wahlkreise verlangt. Der Wahlkreis Südschleswig/Schwansen mit nur 31 330 Wahlberechtigten konnte von einem CDU-Abgeordneten erobert werden. Dem-gegenüber leben im Wahlkreis Pinneberg/Eltmarschen 53 868 Wahlberech-tigte. Der am Stadtrand von Hamburg kandidierende SED-Abgeordnete und Landesvorsitzende seiner Partei, Walter D a m m, hatte es viel schwerer den Kreis zu erobern.

So hat denn der sozialdemokratische Oppositionsführer im Kieler Landtag, Wilhelm K ä b e r, eine Gesetzesinitiative seiner Partei angekündigt. Er forderte gleich große Wahlkreise und eine Erhöhung der Mandatszahl des Parlaments von 69 auf 85. Das bedeutet eine Erhöhung der Direktwahlkreise von 42 auf 51, wenn es bei dem bisherigen Verhält-nis von 60 (Direktmandate) zu 40 (Listemandate) bleiben soll. Die Freien Demokraten als Koalitionspartner der CDU und der Südschleswig-sche Wählerverband haben sofort erklärt, sie werden den SED-Antrag un-terstützen.

Demgegenüber gab es in der CDU-Fraktion eine Abstimmungsniederla-ge für die Argumente des Fraktionsvorstandes, die denen der Sozialdemo-kraten nahekommen. Eine Reihe von Parlamentariern der CDU aus den länd-lichen Bezirken mit konservativer Grundhaltung wünschte die Beibehal-tung der jetzigen Wahlkreise. Es kann schon jetzt gesagt werden, daß sie von Gesamtparlament überstimmt werden. Es muß inner ferner gesagt werden, daß sie sich im Gegensatz zu einem Urteil des Bundesverfassungs-gerichts vom 22. Mai 1962 befinden. Nach diesem Urteil mußten auch die Bundestagswahlkreise neugeschnitten werden, um eine gleichmäßige Bevöl-kerungsverteilung zu bekommen.

Über die geringe Solidarität der CDU-Fraktion ihrem Koalitionspart-ner FDP gegenüber kann man sich nur wundern. Die fünf Abgeordneten dieser Fraktion können die Arbeitslast kaum bewältigen. Sie würde aber bei gleichbleibenden Wählertrend auf sieben bis acht Parlamentarier verteilt. Ganz abgesehen davon, daß dann die CDU der FDP in den Siebe-ner-Ausschüssen keinen von ihrem Sitz mehr abzutreten brauchte. Auch mit der Toleranz zur dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein scheint es bei der CDU nicht weit her zu sein. Wenn von 85 Abgeordneten ausge-gangen wird, dann wird die Minderheit bei gleichem Wählerstand zwei statt bisher einen Sitz erhalten.

Die Forderung nach 85 Abgeordneten ist unter Berücksichtigung der großen Arbeitslast für alle Parlamentarier wohlbegründet.

Tirana - Dolmetscher Bekings

Die Versöhnungsabsichten werden geringer  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Während Moskau am Vorabend der für den 1. März angesetzten Konferenz der 26 kommunistischen Parteien, die die Voraussetzungen für die Einberufung der großen Konferenz aller kommunistischen Parteien der Welt legen sollen, die Polemik mit China weitgehend eingestellt hat, dringen aus Peking auch weiterhin gegen die Sowjetunion gerichtete antirevisionistische Beschuldigungen. Hatte man schon recht bald nach der Wachaflösung im Kreml auch die neuen sowjetischen Partei- und Staatsführer des "Chruschtschowismus ohne Chruschtschow" beschuldigt, ist es jetzt den albanischen Kommunisten vorbehalten geblieben, einen neuen theoretischen Akzent in die Auseinandersetzung um den "wahren Marxismus-Leninismus" hineinzubringen.

So stand unlängst in Enver Hodschas Parteiblatt "Zerri i Popullit" die breit ausgewalzte These zu lesen, die die Pekinger Kommunisten ihren Lesern begierig servierten, wonach selbst die personelle Führung einer kommunistischen Partei nicht mehr von entscheidender Bedeutung für das Aufkommen bzw. die Bekämpfung des Revisionismus und Opportunismus ist. Vielmehr ist gemäß albanischer Lesart der Verfallsprozeß in der Arbeiterbewegung Europas und Nordamerikas bereits so weit fortgeschritten, daß aus diesem Teil der Welt keinerlei revolutionäre Impulse mehr zu erwarten sind.

Die Albaner, die noch vor dreißig Jahren kaum allzu viel von Marx gewußt haben dürften, maßen sich somit heute das Recht an, sich als einzige unverfälschte Bastion des Marxismus in Europa zu präsentieren. Proudhon, Bernstein, Kautsky, Lasalle, Menschewiken und Anarcho-Syndikalisten: das sind für sie die Symbole einer revisionistischen Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung, wobei die Arbeiterschaft auf der Welle einer wirtschaftlichen Konjunktur immer stärker auf die opportunistischen Positionen des Klassegegners von gestern übergegangen seien. Der "moderne Revisionismus" Chruschtschows und Titos ist in dieser Entwicklung vielleicht noch nicht der Endpunkt der Entwicklung, aber bereits deswegen so gefährlich, weil er in die augenblicklich stärkste kommunistische Partei mit der bislang größten Autorität in Europa eingedrungen sei.

Pekings Führungsanspruch

Aus dieser These, wonach die europäisch-nordamerikanische Arbeiterbewegung die "Wiege des Revisionismus und Opportunismus" schlechthin sei, ist nur unschwer der Versuch der theoretischen Vervollkommenung des bereits auf regional-rassistischer Grundlage basierten Bekenntnisses Pekings zu einer eigenständigen Politik der Länder der afro-asiatisch-lateinamerikanischen "Zwischenszone" herauszulesen. Kann doch in dieser These vom "regionalen Charakter des modernen Revisionismus und Opportunismus" eine verallgemeinernde antieuropäisch-nordamerikanische Spitze nicht übersehen werden. Daß ausgerechnet die europäischen Albaner eine solche Schlußfolgerung ziehen, mag den Chinesen nur allzu recht sein, weil es sie etwas von der Verdächtigung reinwäscht, sie selbst lieferten die theoretische Untermauerung für ihren praktischen Führungsanspruch innerhalb der kommunistischen Welt.

Trotzdem läuft die albanische These auf eben nicht anderes hinaus. Ist auch die "ideologisch-politische Verderbtheit" der europäischen

Arbeiterbewegung ökonomisch determiniert, so stärkt dies nur noch den an die revolutionären Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gerichteten Aufruf, auf keine Hilfe aus Europa zu hoffen und sich nach bessern Bundesgenossen anderswo umzusehen. Da gemäß der albanischen Terminologie auch die Sowjetunion eindeutig Europa hinzugerechnet wird, ist es letztlich auch gleichgültig, ob in Moskau ein Chruschtschow, Breschnjew oder wer sonst auch immer herrscht.

Ob sich Peking zu den albanischen Thesen vorbehaltlos bekennt - der groß herausgestellte Abdruck des Artikels läßt eigentlich darauf schließen - kann mit allerletzter Sicherheit natürlich nicht gesagt werden. In jedem Falle mindert allein die Übernahme solcher Ideen die Aussicht, daß Peking seinen Streit mit der neuen sowjetischen Führung sehr viel leichter als mit Chruschtschow beilegen könnte. Wird doch die in Moskau vorherrschende "Pause des Schweigens" in China kaum anders als sowjetische Schwäche gewertet werden können, was Pekings Verständigungsbereitschaft kaum allzu förderlich sein dürfte.

+ + +

Lisa Korpeter

Zu ihrem 65. Geburtstag

sp - Im sozialpolitischen Bereich ist sie groß geworden, hat sie sich Ruhm, Ansehen und Ehre erworben und auch die Hochschätzung ihrer politischen Gagner verdient - die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Lisa K o r p e t e r, zierlich von Gestalt, doch von starker Willenskraft besetzt. Ihr Weg, der sie bis in den Deutschen Bundestag führte, war von Anfang an vorgezeichnet. In jungen Jahren bildete sie sich in der Jugend- und Wohlfahrtspflege aus. Als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeiterinnenfragen im Bezirk Hannover-Bremen, konnte sie ihr theoretisches Wissen nun durch die Bewährung in der Praxis bereichern. Das "Dritte Reich" bereitete dieser Tätigkeit ein Ende. Die folgenden Jahre brachten ihr und ihrem Mann viele Bitternisse, die Gestapo verlor beide nicht aus den Augen. Die Kriegswirren verschlugen die Korpeters nach Magdeburg. Lisa widmete sich nach dem Zusammenbruch sofort dem Aufbau der sozialdemokratischen Frauenorganisation. Nach einem Jahr mußten beide fliehen, sie waren wegen ihrer unerschütterlichen Überzeugung als freihetlich gesinnte Sozialdemokraten wie so viele andere in Konflikt mit den sowjetischen Besatzungsbehörden gekommen.

Den unvergesslichen Kurt Schwacher blieb die Tätigkeit und die ungewöhnliche Energie dieser Frau nicht verborgen. Er bewirkte ihre Ernennung zum Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, seit 1949 vertritt sie den Wahlkreis Celle ununterbrochen im Bundestag. Die Flüchtlinge aus dem Herrschaftsbereich Ulbrichts fanden und finden in Lisa Korpeter einen leidenschaftlichen Anwalt für ihre berechtigten Interessen. Was in diesem Bereich der Sozialpolitik an gesetzgeberischen Maßnahmen erfolgte, trägt wesentlich ihre Handschrift. Die zuständigen Minister finden es schwer, sich ihrer berechtigten Argumentation zu versagen. In Lisa Korpeter schlug und schlägt immer das Herz für die Notleidenden und für jene, die im Schatten des Lebens stehen. Der Dank von vielen ist ihr bei der Vollendung des 65. Lebensjahres gewiß, verbunden mit dem Wunsch, ihre reichhaltigen Erfahrungen zum Wohle der Mitmenschen auch in Zukunft eingesetzt zu wissen.

+ + +